



13.05.2015

Erodiert die Mittelschicht?

Bericht in Erfüllung des Postulats 10.4023 von
Susanne Leutenegger Oberholzer vom
16.12.2010

Zusammenfassung

1. Zur mittleren Einkommensgruppe gehörten 2012 gemäss der Definition des Bundesamtes für Statistik jene Personen, deren Haushalt über ein Bruttoäquivalenzeinkommen zwischen 70% und 150% des Medians verfügte. Insgesamt blieb die Entwicklung dieses Bevölkerungsanteils von 1998 bis 2012 weitgehend stabil; rund 57% der Bevölkerung gehörten 2012 zur mittleren Einkommensgruppe.

2. Gemäss einer Studie aus dem Kanton Zürich ist die Einkommensmobilität hoch: So verblieben über den betrachteten Zeithorizont 2001-2010 lediglich 54% der Zürcher Haushalte im untersten Einkommensquintil, die restlichen 46% der Haushalte stiegen in eine höhere Einkommensklasse auf. Umgekehrt befanden sich von den im Jahr 2001 einkommensstärksten Haushalten 2010 nur noch 62% im Top-Einkommenssegment.

3. Die einkommensstarken Haushalte haben zwischen 1998 und 2012 den höchsten Einkommenszuwachs erzielt, aber auch überdurchschnittlich mehr Abgaben geleistet. Bei den mittleren Einkommensgruppen blieb die Umverteilung durch Steuern, Abgaben und Transfers hingegen insgesamt relativ stabil. Das durchschnittliche verfügbare Äquivalenzeinkommen verzeichnete gegenüber 1998 in der mittleren Einkommensgruppe den grössten Zuwachs (13%), während es in den beiden äusseren Einkommensgruppen um je knapp 9% zunahm.

4. Seit Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung zum 1. Januar 1996 ist die Standard-Monatsprämie für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) einer erwachsenen Person von 173 Franken auf 396 Franken im Jahr 2014 gestiegen. Verglichen mit dem Prämienwachstum von 4.7% fielen das BIP-Wachstum pro Kopf mit jährlichen nominalen Raten von 1.9% und das Lohnwachstum mit 1.2% bescheiden aus. Die OKP-Prämien nehmen also eine immer wichtigere Position im Budget der Haushalte ein. Bei einer Abschaffung der OKP-Prämien und gleichzeitiger Finanzierung der (gleichbleibenden) Versicherungsleistungen über die direkte Bundessteuer der natürlichen Personen oder die Mehrwertsteuer würden sich bei allen berechneten Varianten starke Umverteilungswirkungen ergeben. Einkommensschwache Haushalte und die Mittelschicht würden zulasten der einkommensstarken Haushalte profitieren. Bei einer Finanzierung via direkte Bundessteuer ist ausserdem mit negativen Erwerbs- und Sparanreizen zu rechnen.

5. Im Vergleich zu den Kernländern der EU (EU15) waren die Preise des durchschnittlichen Warenkorb in der Schweiz im Jahr 2013 um 41.4% höher. Die Preisunterschiede fallen jedoch geringer aus, wenn man kleinere Länder als Referenz heranzieht: Verglichen mit Belgien, Dänemark, Irland, den Niederlanden, Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen war das Preisniveau in der Schweiz im Durchschnitt 16.9% höher. Nimmt man an, dass der „Lebensmittel-Warenkorb“ eines schweizerischen Mittelschichtshaushalts mit Kindern zu deutschen Preisen verkauft würde, dann könnte dieser Haushalt (basierend auf dem Wechselkursniveau von 2013) monatlich zwischen 225 und 280 Franken sparen. Gemessen am Bruttohaushaltseinkommen sind dies im Durchschnitt zwischen 2.1% bis 2.6%.

6. Mittelschicht-Haushalte gaben 2009-2011 rund 16% ihres Brutto-Haushaltseinkommens für Wohnen aus. Bei den mittleren Einkommensgruppen mit Wohneigentum sind insgesamt sinkende Wohnkosten zu verzeichnen; im Vergleich zu 1998 gaben diese Haushalte in etwa 2 Prozentpunkte weniger ihres Haushaltsbudgets für Wohnen aus. Die Wohnkosten der Mittelschicht-Mieterhaushalte sind hingegen leicht gestiegen (+0.4 Prozentpunkte).

7. Generell gibt es zwei Möglichkeiten, Politik zugunsten der Mittelschicht zu betreiben. Die erste Möglichkeit ist die Umsetzung von wachstums- und wettbewerbsfördernden Reformen, durch die direkt oder indirekt Einfluss auf die „Hochpreisinsel Schweiz“ genommen werden kann. Die zweite Möglichkeit ist die klassische Umverteilungspolitik. Während die Wachstumspolitik tendenziell die Kaufkraft aller Gesellschaftsschichten stärkt („Vergrösserung des

Kuchens“), ist bei der Umverteilungspolitik (via Steuern, Transfers und Sozialversicherungen) immer nur eine Stärkung der Mittelschicht möglich, wenn zugleich die Kaufkraft anderer Schichten geschwächt wird („andere Verteilung des Kuchens“).

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
Tabellenverzeichnis	4
Abbildungsverzeichnis	4
0. Ausgangslage	5
1. Wie präsentiert sich die Einkommens- und Lebenssituation der Mittelschichten in der Schweiz heute im Vergleich zu den Neunzigerjahren?	6
1.1 Wer gehört zur Mittelschicht?	6
1.2 Keine Polarisierung der Einkommensgruppen über den Zeitraum 1998 – 2012	6
1.3 Entwicklung der Einkommensmitte nach Haushaltstyp	7
2. Wie gross ist in der Schweiz die Einkommensmobilität nach unten und nach oben?	8
3. Welche Umverteilungswirkungen haben die Steuern und die Systeme der sozialen Sicherung?	9
4. Wie stark werden die Haushalte über die Finanzierung der Krankenversicherung via Kopfprämien belastet? Wie stark würde eine Familie der Mittelschicht mit zwei Kindern im Durchschnitt entlastet, wenn die Krankenversicherung über die direkten Steuern oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer statt über Kopfprämien finanziert würde?	10
4.1 Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP): Zunehmende Belastung und Prämienverbilligung bis in die Mittelschicht	10
4.2 Reformszenario „Abschaffung der OKP-Prämien und Finanzierung durch die direkte Bundessteuer“: Starke Umverteilungswirkung zulasten der oberen Einkommensklassen	13
4.3 Reformszenario „Abschaffung der OKP-Prämien und Finanzierung durch die Mehrwertsteuer“: Ebenfalls progressive Verteilungswirkungen	15
5. Welchen Einfluss hat die Hochpreisinsel Schweiz auf die Kaufkraft der Mittelschichten? Wie stark würde eine Familie der Mittelschicht mit zwei Kindern entlastet, wenn insbesondere Lebensmittel in der Schweiz gleich teuer wären wie in Deutschland?	16
5.1 Einfluss des Preisniveaus auf die Kaufkraft der Mittelschicht	16
5.2 Deutsche Lebensmittelpreise in der Schweiz: Kaufkraft der Mittelschichtsfamilienhaushalte würde um 225 – 280 Franken pro Monat steigen	17
6. Wie belasten die hohen Wohnkosten in welchen Regionen die Mittelschichten? Welchen Einfluss haben die hohen Bodenpreise?	17
6.1 Wie belasten die effektiven Wohnkosten die Mittelschicht?	17
6.2 Regionale Unterschiede in den Marktmieten	18
6.3 Regionale Unterschiede in den Wohneigentumspreisen	19
6.4 Zusammenhang zwischen Miet- und Immobilienpreisen sowie Bodenpreisen	20
7. Welche Massnahmen sind zur Kaufkraftsicherung der Mittelschichten angezeigt?	21

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Grenzbeträge verschiedener Haushaltstypen für die Zuteilung zur mittleren Einkommensgruppe, 2012	6
Tabelle 2: Wohnkosten [1] in % des Brutto-Haushaltseinkommens, 2009-2011	18

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteilmässige Entwicklung der Mitte, Gesamtbevölkerung 1998-2012	7
Abbildung 2: Haushaltsstruktur* der Einkommensgruppen, 1998 und 2009-2011 (zusammengelegte Stichproben), Personen in Erwerbshaushalten	8
Abbildung 3: Belastung durch obligatorische Ausgaben nach Haushaltstyp*, Wohnstatus und Einkommensgruppen, 1998 und 2009-2011 ¹ , Gesamtbevölkerung	10
Abbildung 4: Prämienbelastung vor und nach Prämienverbilligung, Familienhaushalte mit verschiedenen Haushaltseinkommen, 2010	12
Abbildung 5: Verteilungswirkungen verschiedener Reformen der OKP-Finanzierung (in Franken pro Jahr), Ehepaar mit zwei Kindern, 2010	14
Abbildung 6: Verteilungswirkungen Ersatz der OKP-Finanzierung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer (in Franken pro Jahr), Paar-Haushalte mit zwei Kindern, 2010 ..	15
Abbildung 7: Geschätztes Verhältnis der Mietkosten einer neu inserierten 4-Zimmer-Wohnung (Medianmiete) zum Brutto-Haushaltseinkommen (Median) im Jahr 2013, nach MS-Regionen	19
Abbildung 8: Geschätztes Verhältnis des Kaufpreises einer 4-Zimmer-Wohnung (Median) zum jährlichen Brutto-Haushaltseinkommen (Median) im Jahr 2013, nach MS-Regionen.....	20

0. Ausgangslage

Die Erkenntnisse der jüngeren Analysen zur schweizerischen Mittelschicht lassen einige Schlussfolgerungen zu. So haben die Erwerbseinkünfte und Haushaltseinkommen der Mittelschicht in den letzten 10-15 Jahren real zugenommen. Die Kaufkraft ist folglich gestiegen. Insgesamt zeigt sich seit den 1970er Jahren eine relativ stabile Einkommensverteilung, was auf einen konstanten Anteil der Einkommen der Mittelschichtshaushalte an den Einkommen der Gesamtbevölkerung hindeutet. Gleichzeitig haben aber sowohl die Anforderungen an die Mittelschicht bezüglich Ausbildungsniveau als auch der Beschäftigungsumfang der Haushalte aufgrund einer starken Ausweitung des Erwerbsvolumens der Frauen zugenommen. Dies sind zwei Faktoren, welche darauf hindeuten, dass Mittelschichtshaushalte mit steigenden Anforderungen im Berufsalltag konfrontiert sind. Die Reallohnentwicklung der Beschäftigten mit mittleren Einkommen und mittlerem Ausbildungsniveau fällt ausserdem zum Teil deutlich hinter die gesamtschweizerische Reallohnentwicklung zurück. Schliesslich stieg die Abgabenbelastung – wie bei allen Einkommensgruppen – so auch für die Mittelschicht in den letzten Jahren deutlich an.

Nationalrätin Leutenegger Oberholzer formuliert in ihrem Postulat „Erodiert die Mittelschicht?“ (10.4023) die Hypothese, dass die Mittelschicht in den letzten fünf bis zehn Jahren über weniger Einkommen und reale Kaufkraft verfügte. Das Postulat verlangt daher vom Bundesrat, in einem Bericht verschiedene Fragen zur wirtschaftlichen Lage der schweizerischen Mittelschicht zu beantworten:

1. Wie präsentiert sich die Einkommens- und Lebenssituation der Mittelschichten in der Schweiz heute im Vergleich zu den Neunzigerjahren?
2. Wie gross ist in der Schweiz die Einkommensmobilität nach unten und nach oben?
3. Welche Umverteilungswirkungen haben die Steuern und die Systeme der sozialen Sicherung?
4. Wie stark werden die Haushalte über die Finanzierung der Krankenversicherung via Kopfprämien belastet? Wie stark würde eine Familie der Mittelschicht mit zwei Kindern im Durchschnitt entlastet, wenn die Krankenversicherung über die direkten Steuern oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer statt über Kopfprämien finanziert würde?
5. Welchen Einfluss hat die Hochpreisinsel Schweiz auf die Kaufkraft der Mittelschichten? Wie stark würde eine Familie der Mittelschicht mit zwei Kindern entlastet, wenn insbesondere Lebensmittel in der Schweiz gleich teuer wären wie in Deutschland?
6. Wie belasten die hohen Wohnkosten in welchen Regionen die Mittelschichten? Welchen Einfluss haben die hohen Bodenpreise?
7. Welche Massnahmen sind zur Kaufkraftsicherung der Mittelschichten angezeigt?

Der Bericht folgt in seiner Gliederung kapitelweise den vom Postulat aufgeworfenen Fragen. Für weitergehende Analysen, Detailinformationen und das Glossar wird auf die Hintergrundstudie¹ verwiesen.

¹ ESTV, BFS und SECO (2015): „Erodiert die Mittelschicht? Hintergrundstudie zum Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 10.4023 von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 16.12.2010.“ Bern: Eidgenössische Steuerverwaltung.

1. Wie präsentiert sich die Einkommens- und Lebenssituation der Mittelschichten in der Schweiz heute im Vergleich zu den Neunzigerjahren?

1.1 Wer gehört zur Mittelschicht?

Problematisch an Analysen zum Zustand der Mittelschicht ist, dass keine Einigkeit über deren Definition besteht. Je nach Studie wird die Mittelschicht gegenüber anderen Gruppen unterschiedlich abgegrenzt. Wenn aber über die Abgrenzung der verschiedenen Schichten Uneinigkeit herrscht, dann werden zwangsläufig auch Aussagen zur ökonomischen Lage der Mittelschicht erschwert. Aufgrund konzeptioneller Beschränkungen erscheint es vorliegend nichtsdestotrotz sinnvoll, die Mittelschichtshaushalte mit den mittleren Einkommensgruppen gleichzusetzen. Dieses Vorgehen bleibt so lange unproblematisch, wie man sich bewusst ist, dass es aufgrund der unzähligen Lebensmuster in der Schweiz eine homogene gesellschaftliche Mitte gar nicht gibt und bestimmte Aussagen somit immer nur für einen Teil der Mittelschicht repräsentativ sind.

Zur mittleren Einkommensgruppe gehören 2012 gemäss der Definition des Bundesamtes für Statistik jene Personen, deren Haushalt über ein Bruttoäquivalenzeinkommen zwischen 70% und 150% des Medians verfügt. Dies sind beispielsweise Alleinlebende mit einem monatlichen Bruttoeinkommen zwischen 3868 und 8289 Franken oder Paare mit zwei Kindern unter 14 Jahren mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von brutto 8123 bis 17'406 Franken (vgl. Tabelle 1). Teilweise werden im Bericht je nach Datenlage und Fragestellung als Mittelschicht aber auch die mittleren 60% der Einkommensverteilung verstanden.

Tabelle 1: Grenzbeträge verschiedener Haushaltstypen für die Zuteilung zur mittleren Einkommensgruppe, 2012

	Bruttoeinkommen des Haushalts in Franken pro Monat (Basis: Gesamtbevölkerung)	
	Untere Grenze	Obere Grenze
Alleinlebende	3'868	8'289
Paar	5'802	12'433
Paar mit 1 Kind	6'962	14'919
Paar mit 2 Kindern	8'123	17'406
Paar mit 3 Kindern	9'283	19'892
Alleinerziehende mit 1 Kind	5'028	10'775
Alleinerziehende mit 2 Kindern	6'189	13'262

Annahme: alle Kinder unter 14 Jahre

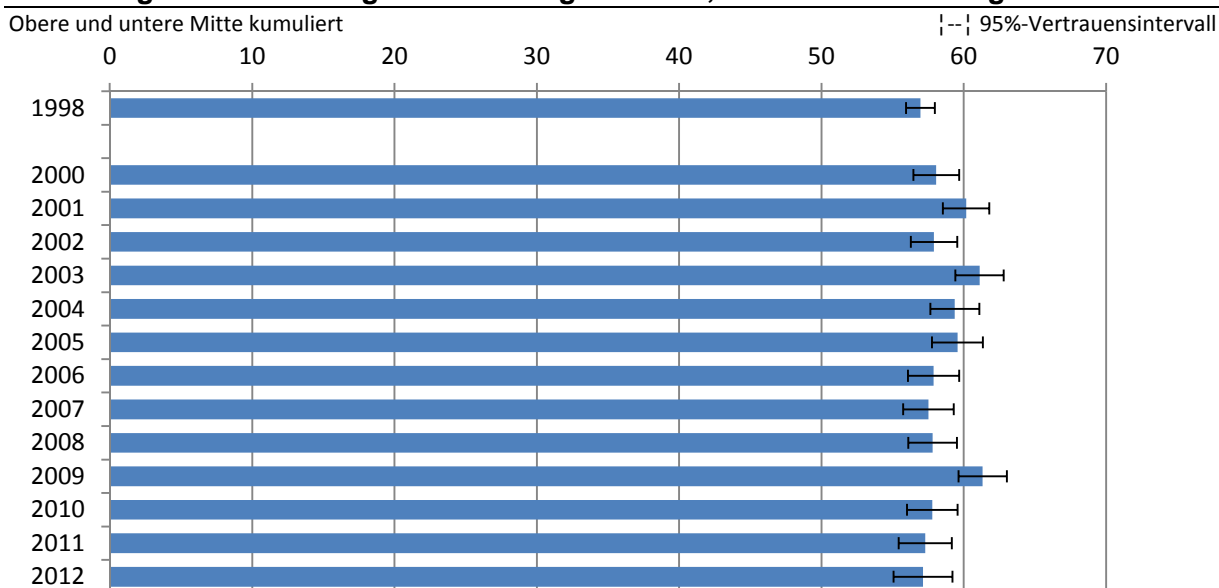
Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

1.2 Keine Polarisierung der Einkommensgruppen über den Zeitraum 1998 – 2012

Insgesamt betrachtet blieb die Entwicklung des Bevölkerungsanteils in den mittleren Einkommensgruppen von 1998 bis 2012 weitgehend stabil. Anteilsmässig am stärksten vertreten war die Mitte 2009 mit 61.3% der Bevölkerung, am schwächsten 1998 mit 57.0% der Bevölkerung. 2012 liegt der Anteil der mittleren Einkommensgruppe gemäss Definition des BFS mit 57.1% der Bevölkerung wieder nur knapp über dem Stand von 1998 (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Anteilmässige Entwicklung der Mitte, Gesamtbevölkerung 1998-2012



Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

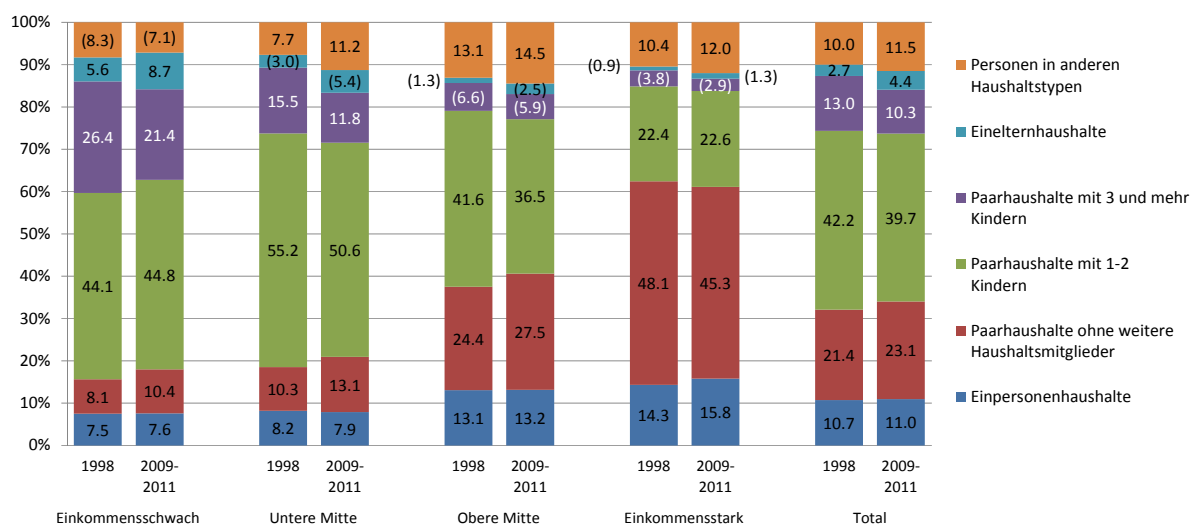
Gemäss der verwendeten Definition des BFS ist demnach keineswegs von einer anteilmässig abnehmenden Mitte auszugehen. Die mittlere Einkommensgruppe ist im Vergleich zur oberen und unteren Einkommensgruppe in den Jahren 1998 bis 2012 nicht geschrumpft. Die These einer Polarisierung der Einkommensgruppen kann folglich nicht bestätigt werden.

1.3 Entwicklung der Einkommensmitte nach Haushaltstyp

Die Haushaltsstruktur der mittleren Einkommensgruppen ist von Personen in traditionellen Familienhaushalten (Paar mit 1 bis 2 Kindern) geprägt. Besonders hoch ist deren Anteil in der unteren Mitte, namentlich unter den Erwerbshaushalten, in der über die Hälfte der Personen in solchen Familienhaushalten lebt. Im Vergleich zu 1998 ist in den mittleren Einkommensgruppen vor allem der Rückgang dieser in traditionellen Familienhaushalten lebenden Personen zu vermerken. In den äusseren Einkommensgruppen hat sich deren Anteil kaum verändert (vgl. Abbildung 2).

Auch der Anteil Personen in grösseren Familienhaushalten (ab 3 Kinder) ist rückläufig, dies jedoch in allen untersuchten Einkommensgruppen. Der Anteil der Alleinlebenden ist in allen Einkommensgruppen konstant geblieben oder leicht gestiegen, während Personen in Paarhaushalten ohne Kinder in den mittleren und unteren Einkommensgruppen anteilmässig leicht zugelegt haben. Besonders stark vertreten sind solche Paarhaushalte nach wie vor unter den Einkommensstarken. In dieser Gruppe machen sie fast die Hälfte der Bevölkerung aus. Personen in Einelternhaushalten sind unter den Einkommensstarken praktisch nicht nachweisbar. In den restlichen Einkommensgruppen hat ihr prozentualer Anteil seit 1998 zugenommen.

Abbildung 2: Haushaltsstruktur* der Einkommensgruppen, 1998 und 2009-2011 (zusammengelegte Stichproben), Personen in Erwerbshaushalten



* Personen in einem Haushalt, der diese Merkmale aufweist.

Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE) © BFS, Neuchâtel 2014

2. Wie gross ist in der Schweiz die Einkommensmobilität nach unten und nach oben?

Studienergebnisse zeigen, dass über eine lebenszeitliche Perspektive Einkommen deutlich gleicher verteilt sind als über eine Jahresperspektive, da sich Phasen mit hohem Einkommen durch Phasen mit niedrigem Einkommensbezug teilweise ausgleichen. Dies bedingt, dass Haushalte über einen Lebenszyklus hinweg in der Einkommensverteilung sowohl auf- als auch absteigen. Man spricht in diesem Zusammenhang von Einkommensmobilität. Eine Studie aus dem Kanton Zürich² deckt eine durchwegs hohe Einkommensmobilität auf:³ So verbleiben beispielsweise über den betrachteten Zeithorizont 2001-2010 lediglich 54% der Zürcher Haushalte im untersten Einkommensquintil, die restlichen 46% der Haushalte steigen in eine höhere Einkommensklasse auf. Immerhin 5% der im Jahr 2001 zur ärmsten Einkommensschicht gehörenden Haushalte befinden sich 2010 bei den Top-20%-Einkommensbeziehern. Umgekehrt findet auch Einkommensmobilität nach unten statt: Nur 62% der im Jahr 2001 einkommensstärksten Haushalte im Kanton Zürich befinden sich auch noch 2010 im Top-Einkommenssegment. Noch höher ist die Durchlässigkeit bei den mittleren Einkommensgruppen.

² Moser, Peter (2013): „Wie durchlässig ist die Gesellschaft? Einkommensmobilität im Kanton Zürich 2001 bis 2010.“ statistik.info 2013/08, Statistisches Amt Kanton Zürich.

³ Da es sich um Ergebnisse einer Studie aus dem Kanton Zürich handelt, lassen sich die Ergebnisse nur bedingt auf die Schweiz übertragen.

3. Welche Umverteilungswirkungen haben die Steuern und die Systeme der sozialen Sicherung?

Beim Vergleich mit 1998 fällt bei der Gesamtbevölkerung vor allem die – relativ zu den anderen Einkommensgruppen – hohe Zunahme der durchschnittlichen Primäräquivalenzeinkommen^{4,5} in der einkommensstärksten Bevölkerungsgruppe auf. Diese schlägt sich jedoch nur beschränkt auf das verfügbare Äquivalenzeinkommen nieder: Nach Umverteilung steigt das durchschnittliche verfügbare Äquivalenzeinkommen dieser Einkommensgruppe in viel geringerem Masse.

Mit anderen Worten: Die Einkommensstärksten haben im Beobachtungszeitraum den höchsten Einkommenszuwachs erzielt, aber auch überdurchschnittlich mehr Abgaben geleistet. Bei den mittleren Einkommensgruppen bleiben die Unterschiede zwischen Vor- und Nachtransfereinkommen seit 1998 hingegen verhältnismässig gering. Das durchschnittliche verfügbare Äquivalenzeinkommen verzeichnete insofern gegenüber 1998 in der mittleren Einkommensgruppe den grössten Zuwachs (13%), während es in den beiden äusseren Einkommensgruppen um je knapp 9% zunahm.

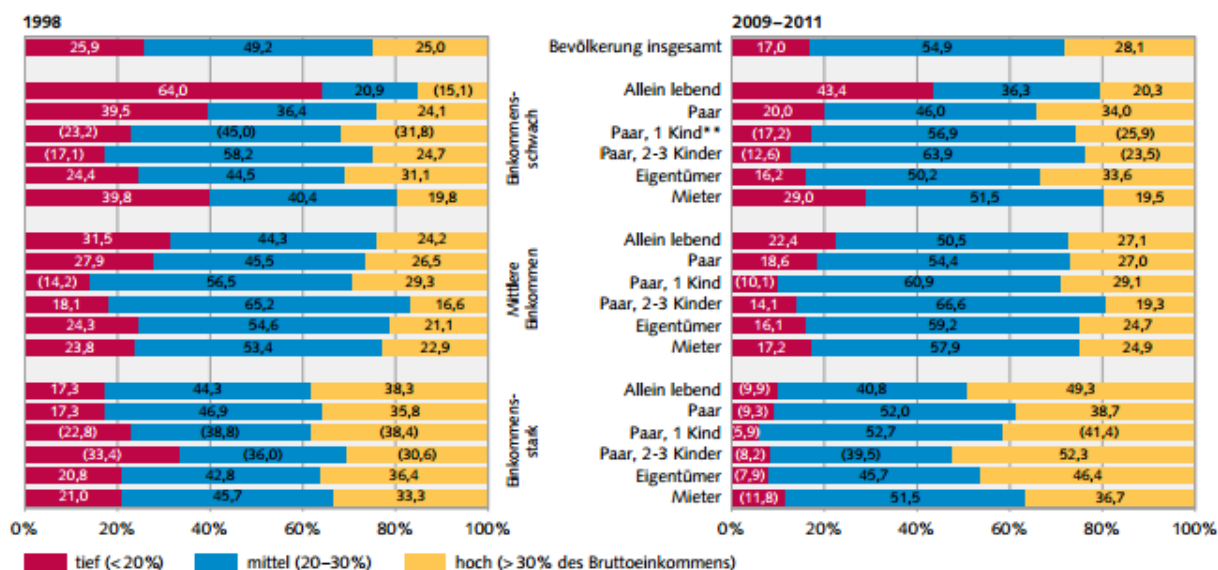
Der Anteil der Personen in Haushalten mit tiefer Belastung durch obligatorische Ausgaben (<20% des Bruttohaushaltseinkommens) ist zwischen 1998 und 2009-2011 von 26% auf 17% zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Anteile hoch Belasteter (>30% des Bruttohaushaltseinkommens) in praktisch allen Gruppen gestiegen, insgesamt von 25% auf 28% (vgl. Abbildung 3). Die Belastung durch obligatorische Ausgaben hat demnach deutlich zugenommen. Am grössten ist diese Zunahme in der einkommensstärksten Gruppe.

Betrachtet man nur die mittleren Einkommensgruppen, zeigt sich, dass die meisten Haushaltstypen zwar unterdurchschnittliche Anteile tief Belasteter aufweisen, aber jeweils besser abschneiden als ihre einkommensstarken Pendanten. Die Anteile an Personen mit mittlerer Belastung (20-30% des Bruttohaushaltseinkommens) haben in der Einkommensmitte bei allen Haushaltstypen zugenommen.

⁴ Das Primäreinkommen wird in der Haushaltsbudgeterhebung als die Summe vom Erwerbseinkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts (inklusive Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer, aber ohne diejenigen der Arbeitgeber) und deren Einkommen aus Vermietung und Vermögen definiert. Oder anders ausgedrückt: Zur Berechnung des Primäreinkommens werden vom Bruttohaushaltseinkommen die Transferleistungen subtrahiert.

⁵ Das Äquivalenzeinkommen wird ausgehend vom Haushaltseinkommen berechnet. Dabei wird die Haushaltsgrosse über die Äquivalenzskala des Haushalts berücksichtigt. Um die Skaleneffekte zu berücksichtigen (eine vierköpfige Familie muss nicht vier Mal so viel ausgeben wie eine Einzelperson, um denselben Lebensstandard zu erreichen), werden die Personen im Haushalt gewichtet: Die älteste Person mit 1.0, Personen von 14 Jahren und mehr mit 0.5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0.3 (Werte entsprechen der neuen OECD-Äquivalenzskala). Die äquivalente Haushaltsgrosse entspricht der Summe der Personengewichte. Mit dieser Gewichtung lassen sich die Einkommen von Personen in unterschiedlich grossen Haushalten besser vergleichen. Die Analysen erfolgen auf Ebene der Personen und nicht auf jener der Haushalte.

Abbildung 3: Belastung durch obligatorische Ausgaben nach Haushaltstyp*, Wohnstatus und Einkommensgruppen, 1998 und 2009-2011¹, Gesamtbevölkerung



* Personen in einem Haushalt, der diese Merkmale aufweist

1 zusammengelegte Stichproben

** Kinder unter 18 Jahren oder unter 25 Jahren und in Ausbildung

Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

© BFS, Neuchâtel 2014

4. Wie stark werden die Haushalte über die Finanzierung der Krankenversicherung via Kopfprämien belastet? Wie stark würde eine Familie der Mittelschicht mit zwei Kindern im Durchschnitt entlastet, wenn die Krankenversicherung über die direkten Steuern oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer statt über Kopfprämien finanziert würde?

4.1 Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP): Zunehmende Belastung und Prämienverbilligung bis in die Mittelschicht

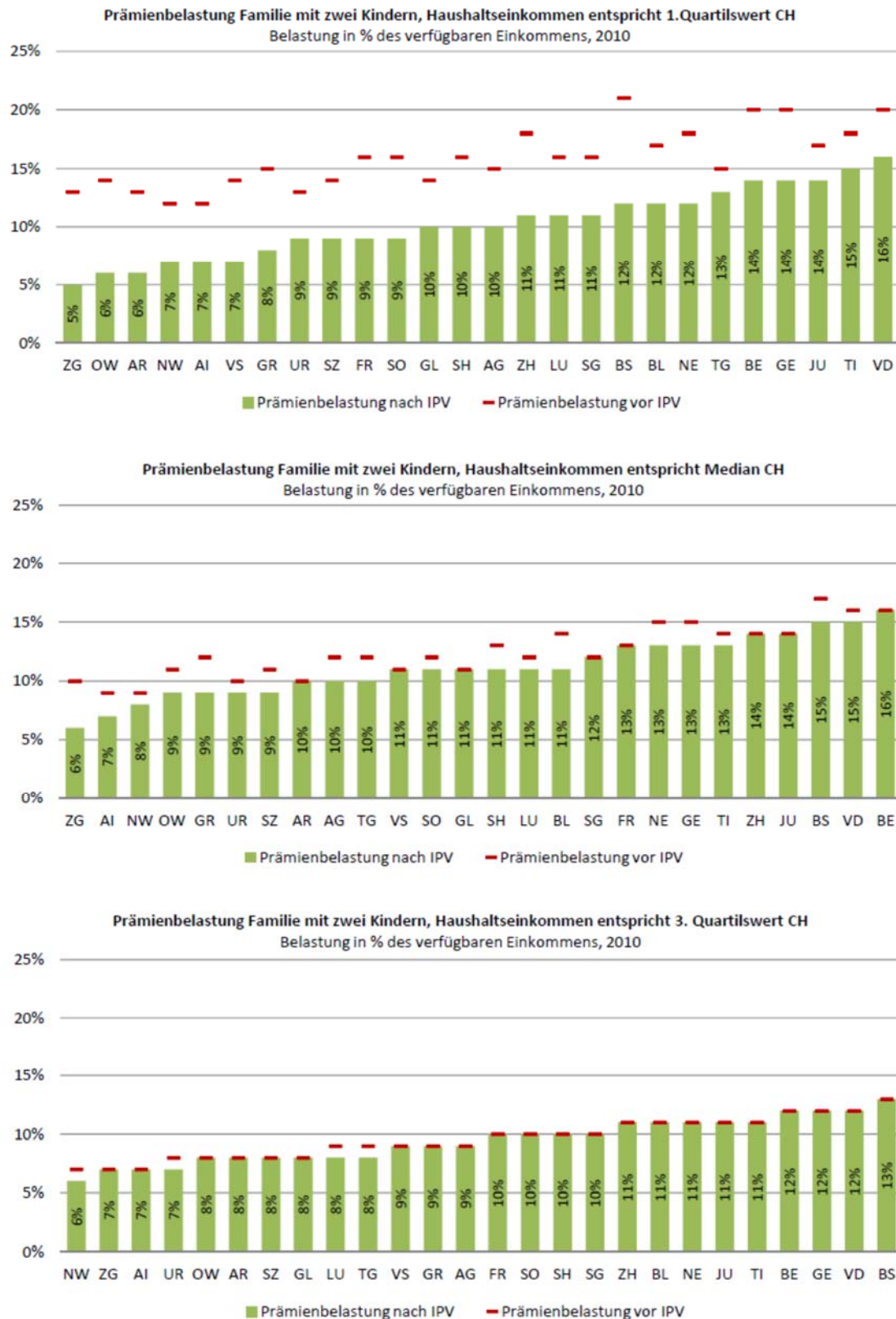
Seit Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung am 1. Januar 1996 ist die Standard-Monatsprämie für die obligatorische Krankenpflegeversicherung einer erwachsenen Person von 173 Franken auf 396 Franken im Jahr 2014 gestiegen. Im Jahr 2015 wird sie im gesamtschweizerischen Mittel rund 412 Franken betragen. Dies entspricht einem Prämienwachstum von rund 140% oder 4.7% jährlich. Die Prämienentwicklung verlief aber je nach Kanton unterschiedlich, mit jährlichen Wachstumsraten zwischen 3.1% und 5.8% und mit tieferen Werten in der lateinischen Schweiz und überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten insbesondere in der Ostschweiz. (Dennoch liegen die Prämien in der Ostschweiz niveaumässig immer noch unter denen in der Westschweiz.) Verglichen mit dem Prämienwachstum fielen das BIP pro Kopf mit jährlichen nominalen Wachstumsraten von 1.9% und das Lohnwachstum mit 1.2% (jeweils Zeitraum 1996 – 2013) bescheiden aus. Die OKP-Prämien nehmen also eine immer wichtigere Position im Budget der Haushalte ein.

Eine Studie⁶ hat für das Jahr 2010 analysiert, wie hoch die Prämienbelastung für die Haushalte im Verhältnis zu ihrem verfügbaren Einkommen ausfällt. Dabei wurde sowohl die Bruttobelastung als auch die Nettobelastung nach Abzug der Prämienverbilligung berechnet. Gemäss Studienergebnissen schwankte die Nettobelastung je nach Kanton und Haushaltseinkommen zwischen 5% und 16%, womit die Belastungsunterschiede über die Kantone hinweg deutlich ausgeprägter ausfielen als über die verschiedenen Einkommensklassen hinweg.

Zwar fällt die Netto-Prämienbelastung für Mittelschichtshaushalte (Haushalt mit einem Medianeinkommen) stärker aus als für Haushalte mit einem Einkommen, welches dem ersten beziehungsweise dritten Quartilswert entspricht. Mittelschichtshaushalte werden somit im Verhältnis zu ihrem Haushaltseinkommen relativ stark belastet. Allerdings wird die Prämienverbilligung in vielen Kantonen bis in die mittleren Einkommensklassen (und teilweise sogar bis zum dritten Quartil) ausgerichtet, also weit in die Mittelschicht hinein (vgl. Abbildung 4).

⁶ Kägi, Wolfram, Miriam Frey, Corinne Säuberli, Manuel Feer und Patrick Koch (2012): „Experten-/Forschungsbericht zur Kranken- und Unfallversicherung: Monitoring 2010 – Wirksamkeit der Prämienverbilligung.“ Basel: B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung AG.

Abbildung 4: Prämienbelastung vor und nach Prämienverbilligung, Familienhaushalte mit verschiedenen Haushaltseinkommen, 2010



Quelle: <http://www.bag.admin.ch/praemienverbilligung/index.html?lang=de>; Darstellung ESTV. Für Detailbeschreibung siehe: Kägi et al. (2012).

Lesehilfe: Eine Familie mit zwei Kindern und einem Haushaltseinkommen in Höhe des Medians (Median in Bezug auf alle Familien mit zwei Kindern in der Schweiz) muss im Kanton Zürich rund 14% ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für die Prämien der OKP aufwenden. Da sie keinen Anspruch auf Prämienverbilligung hat, sind ihre Brutto- und Nettobelastung identisch. Der gleiche Haushalt mit Wohnsitz in Zug weist eine Bruttobelastung von 10% seines verfügbaren Haushaltseinkommens auf. Weil er Anspruch auf Prämienverbilligung hat, sinkt die Belastung auf 6% netto.

4.2 Reformszenario „Abschaffung der OKP-Prämien und Finanzierung durch die direkte Bundessteuer“: Starke Umverteilungswirkung zu Lasten der oberen Einkommensklassen

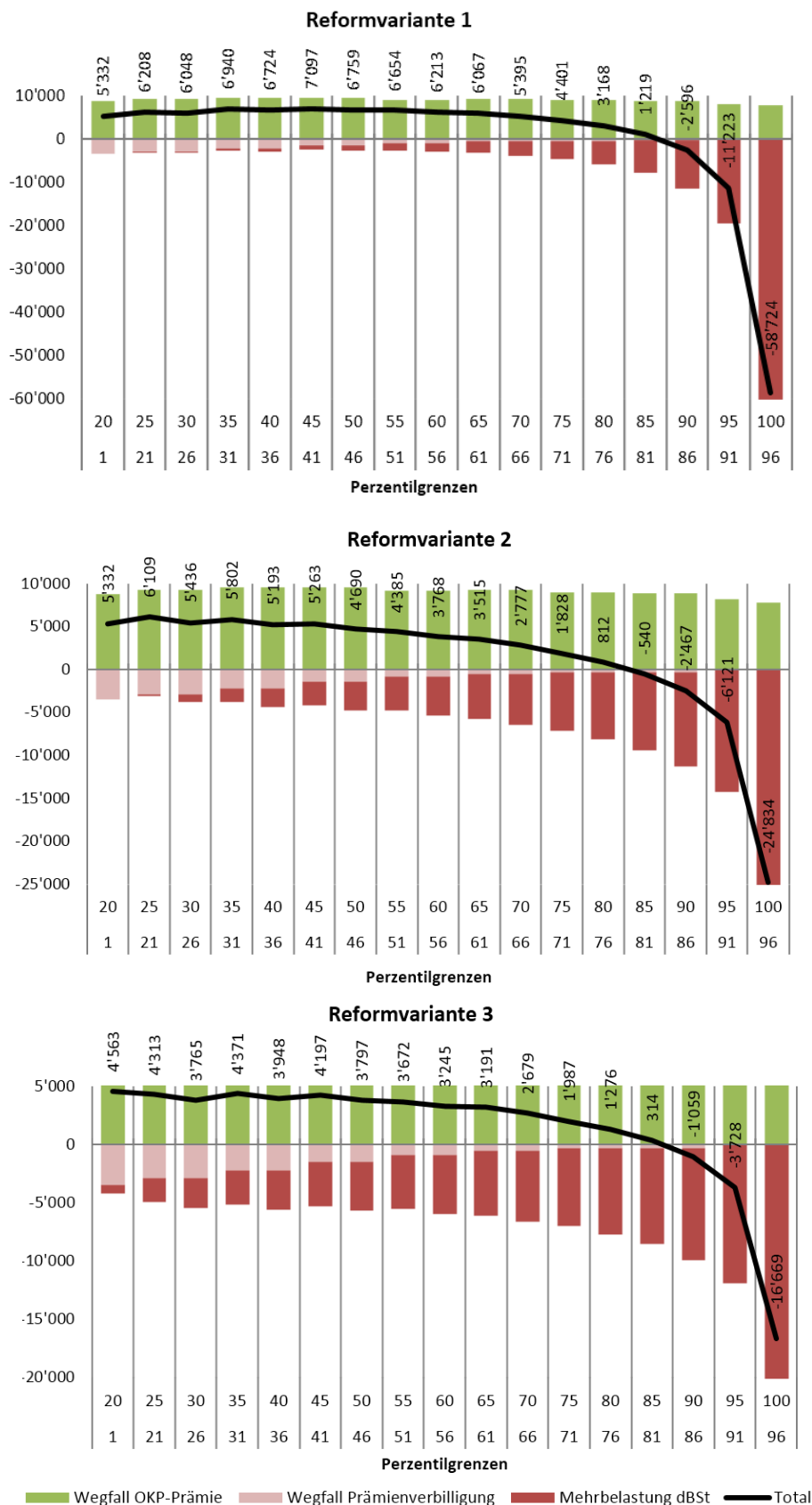
Bei einer Abschaffung der OKP-Prämien und gleichzeitiger Finanzierung der (gleichbleibenden) Versicherungsleistungen über die direkte Bundessteuer der natürlichen Personen ergeben sich bei allen drei berechneten Reformvarianten starke Umverteilungswirkungen.

Reformvariante 1 unterstellt eine Finanzierung durch eine gleiche prozentuale Erhöhung aller Durchschnittssteuersätze. Reformvariante 2 geht von einer Erhöhung aller Durchschnittssteuersätze um den gleichen Prozentpunktesatz aus. Reformvariante 3 unterscheidet sich von Variante 2 dahingehend, dass zusätzlich der Freibetrag abgeschafft würde. Basierend auf einem Finanzierungsbedarf von 20.1 Mrd. Franken (Stand 2010) wäre es notwendig, die Steuerbelastung gemäss Variante 1 um 192%, gemäss Variante 2 um 9.52 Prozentpunkte und gemäss Variante 3 um 6.52 Prozentpunkte zu erhöhen. Zusätzlich wurde unterstellt, dass der Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien abgeschafft würde.

Bei den hohen Einkommen würde die Zunahme bei der Reformvariante 1 am stärksten ausfallen, bei der die Grenzsteuerbelastung alleine für die Bundessteuer 38% für Verheiratete und Alleinerziehende bzw. 38.6% für Alleinstehende betragen kann. Aber auch bei den anderen beiden Reformvarianten und für tiefe und mittlere Einkommen stiege die Grenzsteuerbelastung deutlich an. Einkommen werden neben der direkten Bundessteuer auch mit Kantons-, Gemeinde- und allenfalls Kirchensteuer belastet, Erwerbseinkünfte zusätzlich mit Sozialversicherungsabgaben und Vermögenseinkünfte mit der kantonalen Vermögenssteuer. Aufgrund der stark steigenden Belastung würden sich negative Arbeits- und Sparanreize ergeben, womit mittel- bis längerfristig die Steuereinnahmen sinken und erneute Tarifanpassungen notwendig würden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass sich die Nettoleistungen der OKP seit Einführung der obligatorischen Versicherungspflicht im Jahr 1996 deutlich dynamischer entwickeln (Veränderung 1996-2013: +123%) als die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen (+60.7%). Sollte sich dieser Trend fortsetzen, müssten die Tarife der direkten Bundessteuer laufend erhöht werden, um mit der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen Schritt halten zu können. Die negativen Effekte liessen sich etwas dämpfen, falls die Kantone aufgrund des Wegfalls der Prämienverbilligung den finanziellen Spielraum für Steuersenkungen nutzen würden.

Trotz dem starken Anstieg der Grenzsteuerbelastung könnte sich ein Grossteil der Bevölkerung auf Kosten der einkommensstarken Haushalte (ohne Berücksichtigung der dynamischen Effekte) finanziell besserstellen. Definiert man die Mittelschichtshaushalte als diejenigen, welche die mittleren 60% der Einkommensverteilung darstellen, würden Familienhaushalte mit zwei Kindern aus der Mittelschicht je nach Reform und Einkommen einen jährlichen Einkommenszuwachs zwischen 812 Franken und 7097 Franken erzielen (vgl. Abbildung 5). Umkehrt würden die einkommensstärksten 15 Prozent der Familienhaushalte mit zwei Kindern hohe Mehrbelastungen gegenüber dem Status quo erfahren. Die stark progressiven Umverteilungswirkungen beschränken sich nicht nur auf die Ehepaarhaushalte mit zwei Kindern: Bei allen Haushaltstypen ergeben sich sehr ähnliche Muster.

Abbildung 5: Verteilungswirkungen verschiedener Reformen der OKP-Finanzierung (in Franken pro Jahr), Ehepaar mit zwei Kindern, 2010



ESTV – Datenbank Statistik der direkten Bundessteuer, ECOPLAN (2013); Berechnungen ESTV. Bemerkungen: Haushalte wurden gesamthaft (d.h. alle Familientypen zusammen) nach ihrem reinen Äquivalenzeinkommen geordnet (Gewichtung Einzelperson: 1.0; Ehepaar: 1.5; jedes zusätzliche Kind: 0.3) und in die jeweiligen Perzentile klassiert. Erst danach erfolgt die Auswertung nach Haushaltstyp (hier dargestellt: Ehepaar mit zwei Kindern). Rentner-Haushalte mit betreuungspflichtigen Kindern wurden den Ehepaarhaushalten zugeordnet.

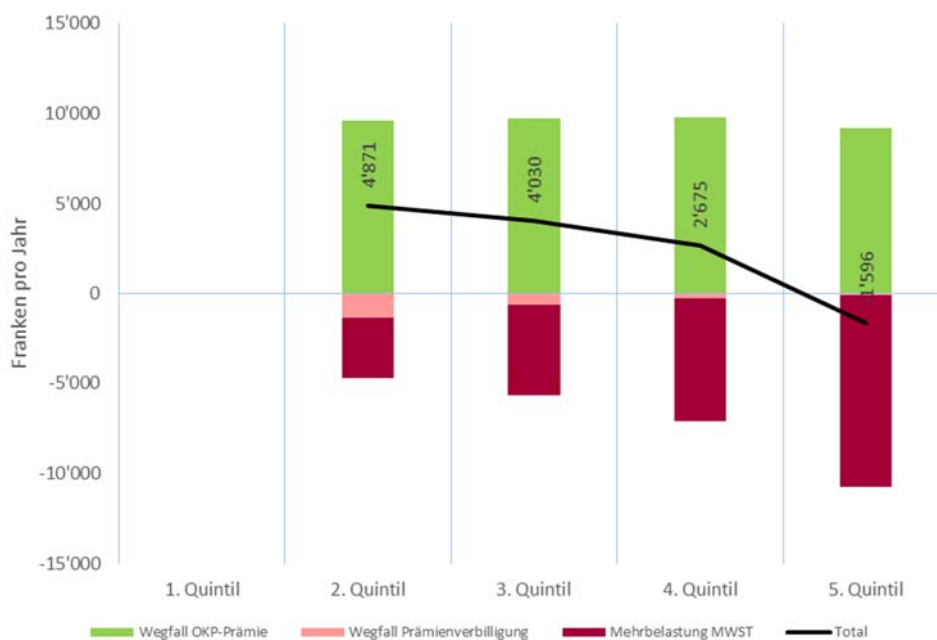
4.3 Reformszenario „Abschaffung der OKP-Prämien und Finanzierung durch die Mehrwertsteuer“: Ebenfalls progressive Verteilungswirkungen

Bei einer Abschaffung der OKP-Prämien und gleichzeitiger Finanzierung der (gleichbleibenden) Versicherungsleistungen über die Mehrwertsteuer wäre es notwendig, den Normalsatz um 7.7 Prozentpunkte, den reduzierten Satz um 2.4 Prozentpunkte und den Beherbergungssatz um 3.6 Prozentpunkte zu erhöhen (Stand 2010). Allfällige Nachfrageveränderungen aufgrund der Steuersatzerhöhung sind in den vorliegenden Berechnungen nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde der Umstand, dass sich die Nettoleistungen der OKP seit Einführung der obligatorischen Versicherungspflicht im Jahr 1996 deutlich dynamischer entwickelt haben (Veränderung 1996-2013: +123%) als die um Steuersatzänderungen bereinigten Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (+ 53%). Sollte sich dieser Trend fortsetzen, wären regelmässige Mehrwertsteuererhöhungen notwendig, um mit der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen Schritt halten zu können.

Da rund 10% der Mehrwertsteuerlast ins Ausland „exportiert“ wird (insb. im Tourismussektor) hätten die inländischen Haushalte nur ungefähr 90% der zusätzlichen Steuerlast zu tragen.

Bei den Paar-Haushalten mit 2 Kindern ergeben sich bei diesem Reformszenario für die Mittelschicht (mittlere 60% der Haushalte) zum Teil deutliche Entlastungen, der durchschnittliche Einkommenszuwachs beträgt zwischen 2670 Franken und 4870 Franken (vgl. Abbildung 6). Die einkommensstärksten 20% erfahren eine leichte Mehrbelastung. In Bezug auf das Bruttoeinkommen zeigt sich wie beim Reformszenario „direkte Bundessteuer“ eine ausgeprägt progressive Verteilungswirkung: Der Einkommenszuwachs infolge der Finanzierungsreform fällt für die unteren Einkommensgruppen am stärksten aus und sinkt mit steigendem Einkommen, bis er schliesslich ins Negative fällt.

Abbildung 6: Verteilungswirkungen Ersatz der OKP-Finanzierung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer (in Franken pro Jahr), Paar-Haushalte mit zwei Kindern, 2010



Quelle: Berechnungen ESTV auf Basis der HABE 2009-2011 und ECOPLAN (2013).

Die progressiven Verteilungswirkungen sind grundsätzlich für alle Haushaltstypen feststellbar. Die einkommensschwächeren Haushalte werden jeweils besser gestellt als die einkommensstarken Haushalte. Es zeigt sich ausserdem, dass die Auswirkungen der Reform für Familienhaushalte mit 2 Kindern deutlich positiver ausfallen als bei den anderen Haushaltstypen. Bei den Rentnerinnen- und Rentner-Haushalten würden die Mittelschichtshaushalte eine Mehrbelastung und nur gerade die Haushalte des einkommensschwachen Quintils eine Entlastung gegenüber dem Status quo erfahren.

5. Welchen Einfluss hat die Hochpreisinsel Schweiz auf die Kaufkraft der Mittelschichten? Wie stark würde eine Familie der Mittelschicht mit zwei Kindern entlastet, wenn insbesondere Lebensmittel in der Schweiz gleich teuer wären wie in Deutschland?

5.1 Einfluss des Preisniveaus auf die Kaufkraft der Mittelschicht

Im Vergleich zu den Kernländern der EU (EU15) waren die Preise in der Schweiz im Jahr 2013 im Durchschnitt um 41.4% höher. Die Preisunterschiede fallen jedoch geringer aus, wenn man kleinere Länder als Referenz heranzieht: Verglichen mit Belgien, Dänemark, Irland, den Niederlanden, Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen war das Preisniveau in der Schweiz im Durchschnitt 16.9% höher.

Die deutlichsten Preisunterschiede gegenüber dem Ausland sind in den Bereichen Wohnen und Energie, Gesundheit und Bildung festzustellen. Insgesamt sticht heraus, dass die gesamten Dienstleistungen mit einem Indexstand von 169 (EU15 = 100) deutlich teurer sind als die Güter (mit einem Indexstand von 126), was sich insbesondere mit der besseren internationalen Handelbarkeit der Güter (und damit auch einem ausgeprägten internationalen Wettbewerb) erklären lässt.

Generell lässt sich festhalten, dass höhere Preise nicht zwangsläufig das Ergebnis eines im internationalen Vergleich hohen Lohnniveaus sein müssen. Sowohl die längere Wochenarbeitszeit als auch die im europäischen Vergleich hohe Arbeitsproduktivität erlauben ein höheres Lohnniveau in der Schweiz. Die höheren Preise dürften damit weniger Ausdruck eines hohen Lohnniveaus, sondern insbesondere auch das Resultat einer hohen Kaufkraft der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten sein, welche die Produzenten und Händler abzuschöpfen wissen.

Gerade die im europäischen Vergleich sehr teuren Konsumbereiche – Wohnen, Lebensmittel und Freizeit – nehmen einen massgeblichen Anteil des Haushaltsbudgets der Mittelschicht in Anspruch. Auch wenn es schwierig ist, den Einfluss der hohen Preise in der Schweiz auf die Kaufkraft der Mittelschicht abzuschätzen, lässt sich doch schlussfolgern, dass die hohen Preise einen bedeutenden Einfluss auf die Kaufkraft der Schweizer Konsumenten haben.

5.2 Deutsche Lebensmittelpreise in der Schweiz: Kaufkraft der Mittelschichtsfamilienhaushalte würde um 225 – 280 Franken pro Monat steigen

Am 15. Januar 2015 hat die Schweizerische Nationalbank den Mindestkurs des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro aufgehoben. In der Folge hat sich der Franken stark aufgewertet. Die in diesem Abschnitt vorgenommene Analyse zur Kaufkraft hat daher an Aktualität eingebüsst. Dies gilt es bei der Interpretation der folgenden Ergebnisse zu berücksichtigen.

Die Ausgaben der Familienhaushalte mit Kindern für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke betragen 2013 je nach Einkommensgruppe durchschnittlich 728 bis 1'092 Franken pro Monat. Die grössten Ausgabenpositionen stellten dabei Fleischprodukte, Milchprodukte und Eier dar. Gemäss EUROSTAT waren die Fleischprodukte im Jahr 2013 in der Schweiz 67% teurer als in Deutschland, Milchprodukte und Eier kosteten rund 36% mehr. Der geringste Preisunterschied bestand bei den nichtalkoholischen Getränken: Diese waren in der Schweiz lediglich 9% teurer als in Deutschland. Nimmt man nun an, dass der „Lebensmittel-Warenkorb“ eines schweizerischen Familien-Haushalts zu deutschen Preisen verkauft würde, dann hätte er monatlich zwischen 203 und 305 Franken sparen können. Gemessen am Bruttohaushaltseinkommen wären dies im Durchschnitt zwischen 1.5% und 3.3%. Bei den Mittelschichtshaushalten würde sich die Kaufkraft um 2.1% bis 2.6% bzw. um 225 bis 280 Franken erhöhen. Zu beachten ist, dass sich die Preisunterschiede inklusive Mehrwertsteuer verstehen. Die Mehrwertsteuerbelastung ist in der Schweiz – auch für Lebensmittel – geringer als in Deutschland.

Unterstellt man anstelle des deutschen Preisniveaus französische Lebensmittelpreise, so ergibt sich eine praktisch identische Steigerung der Kaufkraft. Geringer fällt die Stärkung der Kaufkraft allerdings aus, wenn man die Lebensmittelpreise der anderen Nachbarländer der Schweiz – diejenigen Italiens und Österreichs – zugrunde legt.

6. Wie belasten die hohen Wohnkosten in welchen Regionen die Mittelschichten? Welchen Einfluss haben die hohen Bodenpreise?

6.1 Wie belasten die effektiven Wohnkosten die Mittelschicht?

Gemäss Haushaltsbudgeterhebung ist die durchschnittliche Belastung des Brutto-Haushaltseinkommens für Mieter-Haushalte im Zeitraum 2009-2011 mit rund 19% deutlich höher ausgefallen als die der Eigentümerhaushalte (rund 12%) (vgl. Tabelle 2).

Mittelschichtshaushalte gaben 2009-2011 rund 16% ihres Brutto-Haushaltseinkommens für Wohnen aus. Bei den mittleren Einkommensgruppen mit Wohneigentum sind insgesamt sinkende Wohnkosten zu verzeichnen, im Vergleich zu 1998 gaben diese Haushalte in etwa 2 Prozentpunkte weniger ihres Haushaltsbudgets für Wohnen aus. Die Wohnkosten der Mittelschichtsmieterhaushalte sind leicht gestiegen (+0.4 Prozentpunkte). Bei einer gemeinsamen Betrachtung der Mieter- und Eigentümerhaushalte sind in keiner der Grossregionen die Wohnkosten für die Mittelschichtshaushalte angestiegen; in der Ost- und Zentralschweiz sanken die Wohnkosten im Verhältnis zum Bruttohaushaltseinkommen am stärksten.

Tabelle 2: Wohnkosten [1] in % des Brutto-Haushaltseinkommens, 2009-2011

	Haushaltseinkommen [2], [3]				Veränderung 2009-2011 ggü. 1998 in Prozentpunkten			
	Total	tief	mittel	hoch	Total	tief	mittel	hoch
Sämtliche Haushalte	15.6%	26.0%	16.3%	11.9%	-0.6*	-0.1	-0.9*	-0.4*
Wohntyp								
Mieterhaushalte [53.7% aller Personen]	18.7%	30.3%	18.9%	14.2%	0.5*	1.7*	0.4*	0.5*
Eigentümerhaushalte [46.3% aller Personen]	12.2%	18.4%	13.2%	9.8%	-1.5*	-2.4	-2.0*	-1.2*
Grossregion								
Genferseeregion: GE, VS und VD	16.0%	27.8%	16.5%	12.2%	0.2*	3.1*	-0.3	0.0
Espace Mittelland: BE, FR, JU, NE und SO	15.1%	23.7%	15.2%	11.5%	-0.7*	0.7*	-1.4*	-0.1
Nordwestschweiz: AG, BL und BS	15.3%	26.9%	16.5%	11.3%	-0.5*	-1.7*	-0.7*	-1.1*
Zürich: ZH	16.5%	31.1%	18.4%	12.7%	-0.2	1.8*	-0.1	-0.4*
Ostschweiz: AR, AI, GL, GR, SG, SH und TG	14.8%	22.5%	15.1%	11.2%	-2.1*	-4.6*	-2.1*	-0.6*
Zentralschweiz: LU, NW, OW, SZ, UR und ZG	15.6%	25.4%	16.0%	12.0%	-1.2*	-2.5	-1.5*	-0.8*
Tessin: TI	15.8%	26.0%	15.5%	10.8%	0.2	1.8*	-0.3	0.1
Stadt-Land-Typologie								
Stadt od. Agglomerationsgemeinde	16.1%	28.3%	17.0%	12.2%	-0.5*	-0.6*	-0.8*	-0.3*
Ländliche Gemeinde	14.2%	20.9%	14.3%	10.6%	-1.0*	-0.5	-1.3*	-1.1*

[1] Neben der Nettomiete oder den Hypothekarzinsen werden in den Wohnkosten verschiedene Nebenkosten sowie Ausgaben für Energie und kleinere Reparaturen subsumiert, jeweils für den Hauptwohnsitz und eventuell vorhandene Nebenwohnsitze, wobei letztere nur etwas über 5% der Haushalte betreffen. Fiktive Mieten werden hier nicht dazu gezählt. Amortisationen der Hypothek sowie allfällige grössere Renovationen und Ausbauten des Wohnsitzes bzw. der Hauskauf werden nicht berücksichtigt, sondern werden gemäss internationalen Normen als Investition betrachtet.

[2] Variationskoeffizienten durchwegs <10%.

[3] tief: Bruttoäquivalenzeinkommen < 70% des Medians

mittel: Bruttoäquivalenzeinkommen 70% - 150% des Medians

hoch: Bruttoäquivalenzeinkommen >150% des Medians

* Entwicklung signifikant (95%-Vertrauensintervalle überschneiden sich nicht)

Quelle: Bundesamt für Statistik, Haushaltsbudgeterhebung 1998 und 2009-2011.

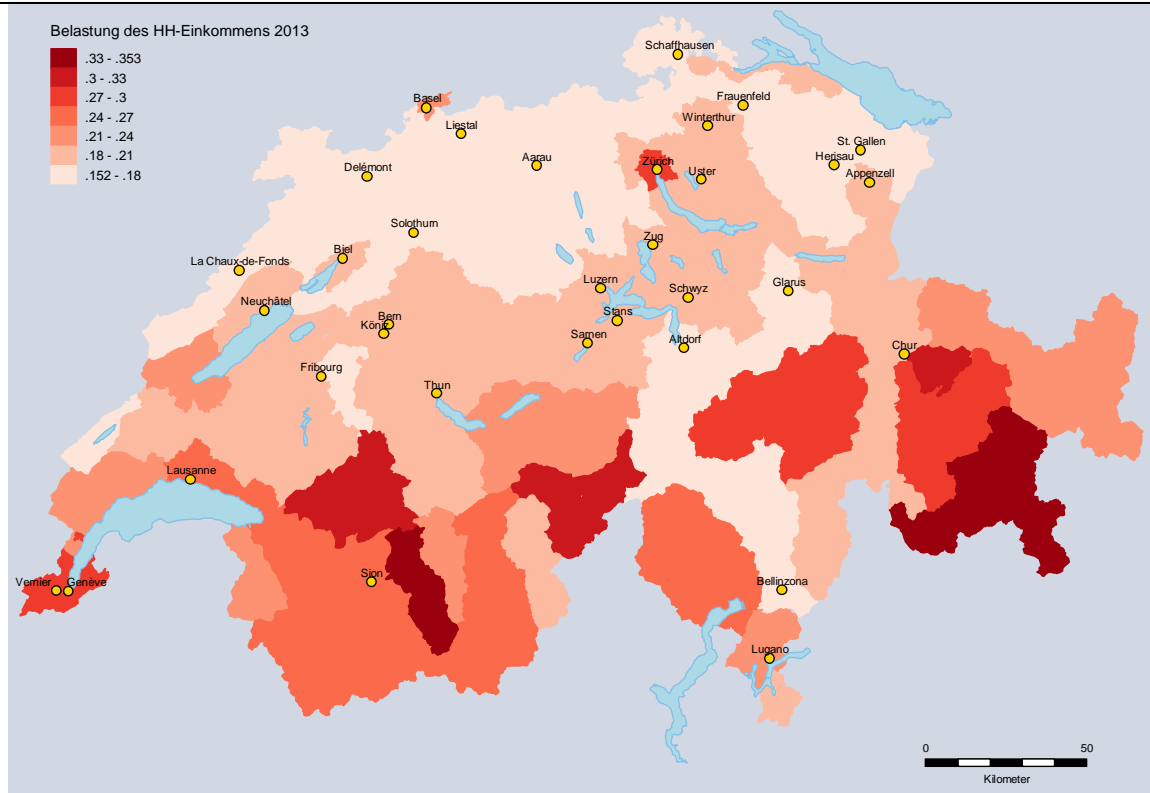
6.2 Regionale Unterschiede in den Marktmieten

Da Bestandsmieten in der Regel deutlich tiefer sind als die Mieten neu angebotener Wohnungen, schlagen sich Marktveränderungen auf dem Wohnungsmarkt oft erst nach einem Umzug deutlich in den Haushaltsbudgets nieder. Daher wurde in der Studie neben den effektiven Wohnkosten auch untersucht, wie hoch die hypothetischen Mietkosten eines Mittelschichtshaushalts sind, unter der Annahme, dass sich dieser eine 4-Zimmer-Wohnung mit mittlerem Ausbaustandard leisten möchte und dafür umziehen muss. Wie zu erwarten zeigt sich, dass die relative Mietbelastung (Marktmiete im Verhältnis zum Brutto-Medianeinkommen) in den Zentren der Schweiz (Zürich, Genf, Basel und Lausanne) sowie in der gesamten Süd- und Westschweiz überdurchschnittlich hoch ausfällt (vgl. Abbildung 7). Zu nennen sind hier insbesondere das Oberengadin und Siders mit der Ferienregion Crans-Montana (rund 35% des Haushaltseinkommens muss dort für eine typische 4-Zimmer-Wohnung ausgegeben werden) sowie die Regionen Saanen-Obersimmental mit der Ferienregion Gstaad. Die Regionen Pays d'Enhaut, Schanfigg, Goms und Genf weisen ebenfalls Belastungen von 30% oder mehr aus. Überdurchschnittlich hoch ist die Belastung auch in der Zentralschweiz. In der übrigen Schweiz muss hingegen meist weniger als 20% des Haushaltseinkommens für eine typische 4-Zimmer-Wohnung ausgegeben werden. Am tiefsten ist die Belastung im Jurabogen, im Glarner Hinterland und in Mutschellen (rund 15-16%).

Wie die Schätzungen zeigen, hat gegenüber 2004 fast in der gesamten Deutschschweiz (mit Ausnahme von Zürich und Teilen der Ostschweiz) die hypothetische Mietbelastung eines Mieterhaushalts mit einem Median-Einkommen abgenommen. Da in keiner der Regionen die

Mietpreise für eine 4-Zimmer-Wohnung gesunken sind, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass die Haushaltseinkommen 2004-2013 in der Deutschschweiz zumeist stärker gewachsen sind als die Mietpreise. In der West- und Südschweiz hat mit Ausnahme des nördlichen Jurabogens hingegen fast überall die Belastung zugenommen. Besonders stark fiel die Zunahme in den Regionen Visp (mit Zermatt), Siders und Genf mit je rund 5 Prozentpunkten aus. Ein relativ starker Rückgang ist in den Bündner Tourismusregionen Davos (von 35% auf 28%) und Oberengadin (von 40% auf 35%) zu verzeichnen. In beiden Tourismusregionen sind die Median-Haushaltseinkommen deutlich stärker gewachsen als die Mietpreise. Sie gehörten 2013 aber weiterhin zu den Regionen mit den höchsten relativen Mietbelastungen.

Abbildung 7: Geschätztes Verhältnis der Mietkosten einer neu inserierten 4-Zimmer-Wohnung (Medianmiete) zum Brutto-Haushaltseinkommen (Median) im Jahr 2013, nach MS-Regionen



Quellen: Wüest und Partner (2014); ESTV (2013); BFS (2014); BFS – GEOSTAT; Berechnungen ESTV.

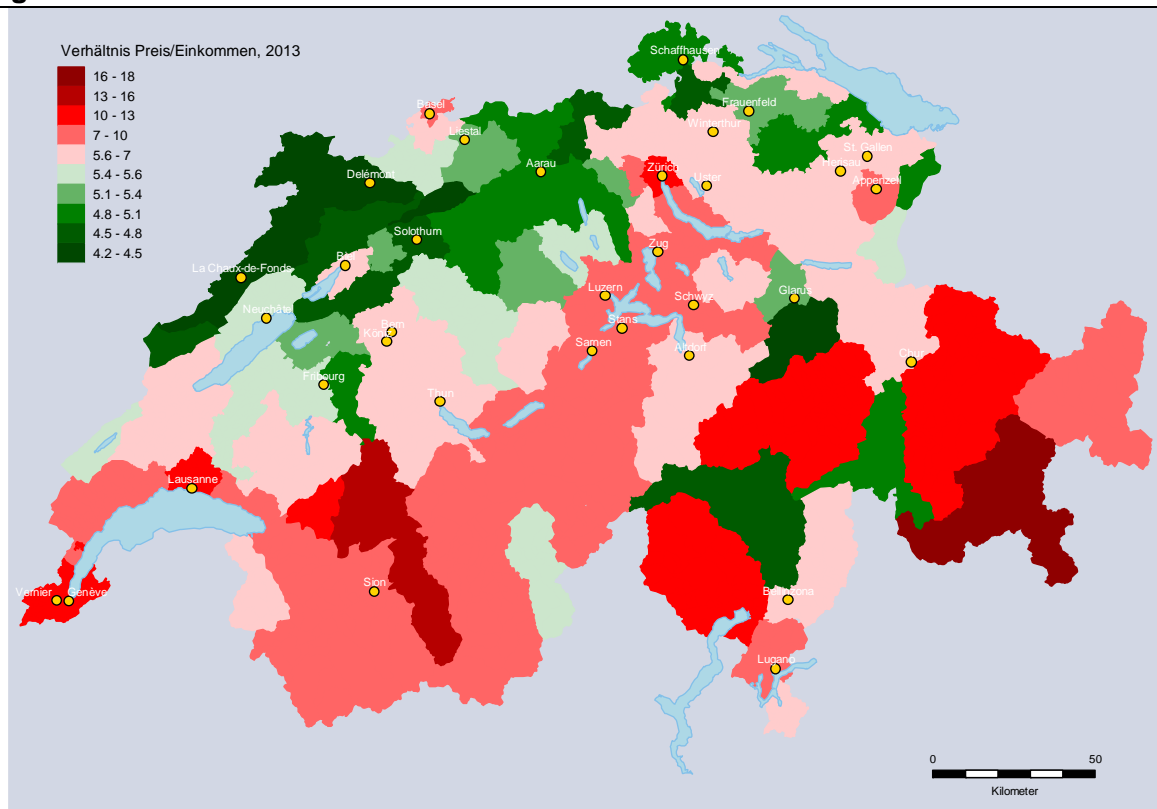
6.3 Regionale Unterschiede in den Wohneigentumspreisen

Die Situation auf dem Eigentumsmarkt stellt sich regional sehr ähnlich dar wie auf dem Mietmarkt (vgl. Abbildung 8). Die höchste Belastung ergibt sich im Oberengadin: Dort müsste rund das 18-fache des jährlichen Medianeinkommens für den Erwerb einer 4-Zimmer-Wohnung bezahlt werden. Es folgen Siders (Faktor 14), Saanen-Obersimmental, Davos (jeweils Faktor 13) sowie Mittelbünden, Surselva, Zürich und Genf (jeweils Faktor 12). Da bei einem Fremdfinanzierungsanteil von 80% die Tragfähigkeit in etwa so lange gegeben ist, wie der Kaufpreis nicht das 5.6-fache des jährlichen Brutto-Haushaltseinkommens überschreitet, kann sich ein Haushalt mit einem Medianeinkommen in diesen Regionen keine 4-Zimmer-Eigentumswohnung mittleren Ausbaustandards leisten.

Nicht finanzierbar ist Wohneigentum für den Median-Haushalt auch in den anderen Zentren (Lausanne, Lugano, Basel, Bern, Winterthur) sowie in der Zentral- und Südwestschweiz. Tragbar ist Wohneigentum hingegen in weiten Teilen des Juras und Teilen des Mittellandes,

der Nord- sowie der Ostschweiz. In diesen Regionen liegt das Verhältnis zwischen Wohneigentumspreis und Medianeinkommen bei 4.2 bis 5.6.

Abbildung 8: Geschätztes Verhältnis des Kaufpreises einer 4-Zimmer-Wohnung (Median) zum jährlichen Brutto-Haushaltseinkommen (Median) im Jahr 2013, nach MS-Regionen



Quellen: Wüest und Partner (2014); ESTV (2013); BFS (2014); BFS – GEOSTAT; Berechnungen ESTV.

Beim Wohneigentum zeigt sich für Neuerwerber eine angespanntere Entwicklung über den Zeitraum 2004-2013 als im Mietbereich: In allen ausser drei Regionen (Oberes Emmental, Glarner Hinterland, Erlach-Seeland) ist das Verhältnis Wohneigentumspreis zu Haushaltseinkommen gestiegen. Am stärksten fiel die Mehrbelastung in der Region Siders aus: Statt dem 7-fachen des Medianeinkommens (2004) musste 2013 für eine 4-Zimmer-Eigentumswohnung rund das 14-fache des jährlichen Medianeinkommens bezahlt werden. Dies entspricht einer Erhöhung der Belastung im Umfang von 7 Median-Jahreseinkommen. Im Oberengadin, in Saanen-Obersimmental und in Genf stieg die Belastung im Umfang von 5 Median-Jahreseinkommen. Wie für den Mietmarkt zeigt sich auch für den Wohneigentumsmarkt, dass die Belastung in der Süd-, West- und Zentralschweiz sowie den Zentren deutlich stärker zunahm als in den übrigen Regionen der Schweiz.

6.4 Zusammenhang zwischen Miet- und Immobilienpreisen sowie Bodenpreisen

Bei Einfamilienhäusern machen gemäss Schätzungen die Bodenpreise rund 25% der gesamten Anlagekosten aus, bei Mietobjekten sind es 15% bis 25%. Zwar ist der Bodenpreis in Zonen, welche eine höhere Ausnützung zulassen, höher, trotzdem fällt der Anteil der Bodenkosten an den gesamten Anlagekosten bei verdichteten Überbauungen niedriger aus.

Aufgrund des engen Konnexes zwischen Ertragswert und Nutzungswert bzw. Miet- und Wohneigentumspreisen einerseits und Bodenpreisen andererseits liegt es auf der Hand, dass sich steigende Miet- und Immobilienpreise direkt in den Bodenpreisen niederschlagen.

Dies zeigt sich auch bei einer statistischen Analyse: Bodenpreise können geschätzte 76% der regionalen Unterschiede in den Mietpreisen und 62% der regionalen Unterschiede in den Wohneigentumspreisen erklären. Ein um einen Franken höherer Bodenpreis je m² geht gemäss Schätzungen mit einer um durchschnittlich 33 Rappen pro Monat oder 4 Franken im Jahr höheren Nettomiete einer 4-Zimmer-Wohnung im mittleren Preissegment einher. Bei einer Eigentumswohnung ist ein um ein Franken höherer Bodenpreis mit einem um schätzungsweise 228 Franken höheren Kaufpreis verbunden.

7. Welche Massnahmen sind zur Kaufkraftsicherung der Mittelschichten angezeigt?

Eine Auslegeordnung von Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft von Mittelschichtshaushalten wird vorliegend nicht vorgenommen, sondern soll im Rahmen des Bundesratsberichts in Beantwortung des Postulats Meier-Schatz (11.3810 – „Nationale, mit den Kantonen koordinierte Strategie für den Mittelstand“) durchgeführt werden. Die nachfolgende Diskussion wird insofern auf abstrakter Ebene geführt.

Generell gibt es zwei Möglichkeiten, Politik zugunsten der Mittelschicht zu betreiben. Die erste Möglichkeit ist die Umsetzung von wachstums- und wettbewerbsfördernden Reformen. Durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen kann direkt oder indirekt Einfluss auf die „Hochpreisinsel Schweiz“ genommen werden. Die zweite Möglichkeit ist die klassische Umverteilungspolitik. Während die Wachstumspolitik tendenziell die Kaufkraft aller Gesellschaftsschichten stärkt („Vergrösserung des Kuchens“), ist bei der Umverteilungspolitik (via Steuern, Transfers und Sozialversicherungen) in der Regel nur eine Stärkung der Mittelschicht möglich, wenn zugleich die Kaufkraft anderer Schichten geschwächt wird („andere Verteilung des Kuchens“).⁷

Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen mit dem Ziel, den Wachstumspfad der Schweiz zu stärken, kommt tendenziell allen Bevölkerungsschichten zugute. Wie der Bundesrat in seinem Wachstumsbericht 2012-2015 und in seiner Stossrichtung für die Neue Wachstumspolitik⁸ festhält, steht im Kern der Wachstumspolitik das Anliegen, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die Erhöhung des wirtschaftlichen Ergebnisses, das je eingesetzter Stunde Arbeit erzielt wird, ist der Schlüssel zur Erhöhung des individuellen Wohlstands (bzw. der „Kaufkraft“). Wachstums- und wettbewerbsfördernde Wirtschaftspolitik ist dadurch gekennzeichnet, gute Rahmenbedingungen für die Marktakteure (Haushalte und Unternehmen) zu erhalten bzw. zu schaffen und zwar zu möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten. Die öffentliche Hand hält sich – bis auf Bereiche, in denen Marktversagen herrscht – mit Marktinterventionen zurück, insbesondere tritt sie in kompetitiven Märkten nicht selber als Anbieter von Dienstleistungen und Gütern auf.

Im Vergleich zur Wachstumspolitik lässt sich mithilfe der Umverteilungspolitik direkt eine Stärkung bestimmter Bevölkerungsgruppen erzielen. Da im Gegensatz zu ersterer aber der gesamtwirtschaftlich aufzuteilende „Kuchen“ nicht grösser, sondern – aufgrund negativer Er-

⁷ Dies weil im Gegensatz zur Wachstumspolitik der gesamtwirtschaftlich aufzuteilende „Kuchen“ nicht grösser, sondern – aufgrund negativer Erwerbs-, Spar-, und Investitionsanreize – tendenziell kleiner wird. Allerdings kommt ein Teil der ökonomischen Literatur zum Ergebnis, dass mit einer ausgeglichener Einkommensverteilung auch ein höheres Wirtschaftswachstum einhergehen kann [vgl. hierzu beispielsweise die Diskussionen in NZZ: „Gute und schlechte Ungleichheit“ (12. November 2014) und NZZ: „Mehr Wachstum durch Umverteilung?“ (9. Dezember 2014)]. Unabhängig davon, ob nun Umverteilungspolitik wachstumshemmend oder wachstumsfördernd ist, verursacht diese per Definition immer Gewinner und Verlierer.

⁸ Bundesrat (2014): „Wachstumspolitik 2012-2015. Bericht des Bundesrates.“ Bern: SECO.

werbs-, Spar-, und Investitionsanreize – in der Regel kleiner wird, ist eine Stärkung der Zielgruppe nur durch Inkaufnahme einer wirtschaftlichen Schwächung anderer Gruppen möglich. Bei mehr Umverteilung zugunsten der Mittelschicht wird also zwangsläufig die Kaufkraft der Ober- und/oder Unterschicht geschwächt. Umverteilungspolitik erfolgt – wie beispielsweise die Liste der Steuervergünstigungen beim Bund zeigt – aber auch zur Begünstigung von einzelnen Gruppen, welche nicht unbedingt oder nur teilweise schichtenspezifisch sind. Umverteilung zugunsten der Mittelschichtshaushalte lässt sich also auch zulasten von Interessengruppen vornehmen.